



Niederschrift

57. Plenarsitzung Gemeinderat (DHH-Beratungen 2019/20)
20. November 2018, 9 Uhr und
21. November 2018, 9 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

(...)

Antrag Nr. 6 (S. 35): Investitionsliste priorisieren und abarbeiten (FÜR Karlsruhe)

Wir wurden darauf hingewiesen, dass der Antrag eine konkrete Verschiebung von 160 Millionen Euro beinhaltet, um eine Verschuldung in der Höhe zu vermeiden. Auf das sind wir in der Stellungnahme allerdings nicht eingegangen. Das Ansinnen eines solchen Antrags wäre aus unserer Sicht faktisch rechtlich und auch hinsichtlich eingegangener Verpflichtungen nicht umsetzbar, da die insgesamt geplanten Investitionen von 64,6 Millionen auf neue Baumaßnahmen entfallen, die theoretisch verschoben werden könnten. Die anderen Dinge sind schon angefangen und können nicht verschoben werden. Möglicherweise liegt da auch ein Missverständnis vor, ich will da einfach noch mal darauf hinweisen, und vor allem den Antragstellern noch mal die Möglichkeit geben, es zu erläutern.

Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe): Dieser Antrag ist von der Sorge um unseren Haushalt getrieben. Ich werde zu diesem Punkt ein bisschen länger sprechen, später etwas kürzer, weil er so zentral ist. Wir haben es gerade gehört, der Bundesrechnungshof hat zum Beispiel der Bundesregierung bescheinigt, zu viel Geld auszugeben und in den guten Zeiten zu wenig zurückzulegen. Deswegen haben wir Sorge um unseren Haushalt, und es beinhaltet, dass wir in Rekordzeiten bei Rekordeinnahmen Rekordausgaben generieren und 160 Millionen Euro neue Schulden aufnehmen. Das kann unseres Erachtens nicht sein, und deswegen sind die 160 Millionen Euro ins Spiel gekommen. Das heißt, bei diesen schönen 462 Anträgen, die wir hier haben und die wir im Ergebnishaushalt noch mal schön draufsatteln, müsste auf der anderen Seite im Investitionshaushalt weniger ausgegeben werden. Da durchaus viele wichtige Anträge dabei sind, glauben wir, dass diese 160 Millionen Euro Neuverschuldung auf Dauer nicht möglich sein können. Aus diesem Grund sagen wir es ganz deutlich, wir müssen sparen, und zwar jetzt an dieser Stelle bei den Investitionen.

Jetzt kann man sich darüber streiten, ob die Verpflichtungsermächtigungen tatsächlich, wie Sie sagen, schon alle angefangen haben. Ich würde behaupten, da gibt es Investitionsverpflichtungen, die noch gar nicht angefangen haben, die schon so alt sind und immer noch draufstehen. Nicht alles was aufgeführt wurde, ist auch tatsächlich angefangen. Wir können durchaus darüber noch sprechen, wir können das auch strecken. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wenn man gewillt ist etwas zu ändern, es auch zu tun. Aus diesem Grund

appellieren wir an dieser Stelle, diese Neuverschuldung zu verhindern. Es heißt gleichzeitig auch, dass unser Haushalt wie eine Lokomotive ist; wenn die mal angeheizt ist, dann läuft sie. Wenn wir das heute im Haushalt verabschieden, dann hat das in vier oder fünf Jahren Konsequenzen. Das bedeutet, wir können bei einer konjunkturellen Verschlechterung überhaupt nicht mehr reagieren, weil es so läuft, wie es eingetütet wurde. Deswegen sagen wir, dass wir an der Stelle bei der Lokomotive Dampf rausnehmen müssen und jetzt weniger ausgeben. Wie wollen wir denn reagieren, wenn die Konjunktur tatsächlich einbricht? Bei den Banken spricht man von einem Stresstest bei zehn Prozent konjunkturellem Einbruch. Was würde mit der Stadt Karlsruhe passieren, wenn wir fünf oder zwei Prozent Minus hätten? Wir könnten nicht mehr reagieren, wir wären sofort dem Land unterstellt, und die würden unseren Haushalt unter Kuratel stellen. Deswegen sagen wir, dass wir jetzt hier abarbeiten, was wir verschieben, strecken oder streichen können. Das ist unser Ansinnen, und die Priorisierung hat nur die methodische Frage, wo wir ansetzen. Das war der Kern des Antrages.

Der Vorsitzende: Sie können gewiss sein, dass auch die Stadtverwaltung kein Interesse an einer wachsenden Neuverschuldung hat, und je nachdem wie die Schuldenbremse rechtlich ausgelegt wird, werden wir da an der Stelle sowieso in diese Prioritäten eingreifen müssen. Dennoch können wir im Moment, so wie Sie es formuliert haben, Ihnen nicht die Annahme empfehlen, weil wir dann im Grunde auch aus unserer Sicht begonnene Maßnahmen stoppen müssten, und das macht keinen Sinn. Mein Vorschlag wäre, dass Sie das Thema in der Strukturkommission durchaus noch mal ansprechen, da werden solche Investitionslisten immer wieder aufgelegt, und Sie haben schon das Recht darauf, konkret zu erfahren, welche Dinge wir strecken oder vielleicht auch ganz sein lassen können, aber welche Dinge eben auch nicht verschiebbar sind, weil sie eben auch schon begonnen worden sind. Wenn wir das so als gemeinsamen Appell verstehen, und ich Ihnen hier die Zuarbeit zusichere, können wir vielleicht auf eine Abstimmung verzichten, denn das Ziel eint uns alle. Wäre das so für Sie in Ordnung Herr Kalmbach? Wunderbar, vielen Dank.

(...)